

für Halle vierteljährlich 2,75 M., bei zweimonatlicher Bezahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., wochentlich 1 M., monatlich 1 M., ohne Beflagung. Bestellungen werden von allen Reichs-Postanstalten angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

(Gesamtsprecherleitung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg ic.) Anst.-Nr. 176.

Land-Zeitung. Siebenundzwanzigster Jahrgang.

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Blg., solche aus Halle mit 15 Blg. berechnet und in der Redaktion von unseren Kunden:effekten und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Rücklagen die Seite 60 Fig.

Erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Die Manöver in den Reichslanden.

Das eine Heeresverwaltung militärische Manöver mit besonderer Sorgfalt in jenen Bezirken vornehmen läßt, die man allenfalls als den Schauplatz des nächsten Krieges ansehen kann, das sollte als selbstverständlich betrachtet werden. Gleichwohl ist man jenseits der Vogesen regelmäßig in hohem Grade nachlässig, wenn in den deutschen Reichslanden die deutschen Kaisermanöver stattfinden sollen. Man thut in einzelnen kaiserlichen Blättern, als sei es eine Selbstverständlichkeit, eine Herausforderung Frankreichs, wenn in Elsaß-Lothringen große Truppenübungen stattfinden und der deutsche Kaiser seine westliche Grenzmark besucht. Schon seit Wochen toben gewisse pariser Zeitungen bei der Erörterung des Besuchs des deutschen Kaisers in Metz, und gar die Unwissenheit des italienischen Kronprinzen bei den Manövern wird auf zahlreiche Franzosen wie auf den Eier das rote Tuch. Und doch ist es im Interesse des deutschen Ansehens nützlich und geboten, daß der deutsche Kaiser mitunter persönlich in den Reichslanden erscheint, und nicht minder entspricht es nur der innigen Freundschaft zwischen Deutschland und Italien, daß der Sohn und Erbe Königs Humberts deutschen Manövern beizuwohnt, wie sich andererseits die russische und französische Marine geselligst mit einander verkehren.

Man hat viel darüber gesprochen, daß der Kaiser in Straßburg nur ganz kurzen Aufenthalt nimmt. Er übernachtet dort nicht, er hat auch mit Rücksicht auf die Manöverdispositionen, die seine alljährliche Anwesenheit in Metz erfordern, abgesehen, einen Aufenthalt auf dem Marktplatz einzuräumen. Nun sind Leute, die das Gras wachsen hören, auf den Einfall gekommen, der Kaiser wolle die Stadt Straßburg dafür strafen, daß sie Herrn Webel in den Reichstag geschickt habe. Der Kaiser soll ganz bestimmt erklärt haben, in einer Stadt, die einen Sozialdemokraten wähle, nicht eine Nacht zubringen zu wollen. Diese Unterstellung ist furchtbar; denn es hieße in diesem Falle, die Gegner der Sozialdemokratie, die an kaiserlichen Empfängen und Festen hervorragen bestraft zu sein pflegen, für das zu strafen, was sie selbst bekämpft und zu hindern erklärt haben, für das bestrafen, was andere getan haben. Aber wie könnte der Kaiser die ihm zugehörige Manöverung getan haben, da er dann fast in keiner Weise den Reichslanden den Hauptbesuch leisten? In Berlin, seiner ersten Haupt- und Residenzstadt, sind nicht weniger als fünf Sozialdemokraten gewählt, in Königsberg, Breslau, Charlottenburg sind ebenfalls Sozialdemokraten aus der Wählerliste hervorgegangen. Der Kaiser könnte nicht mehr in Danzig, nicht mehr in München, nicht mehr in Göttingen, wo er noch jüngst gewinkt hat, übernachten; denn überall dort hat die Wählerliste das Mandat sozialdemokratischer Abgeordneter anvertraut. Braunschweig und Gera sind Residenzen deutscher Bundesfürsten und dennoch im Reichstage sozialdemokratisch vertreten. Daß nun der Kaiser gerade Straßburg für die Wahl des Herrn Webel bestrafen wollte, das ist nichts als eine willkürliche Erfindung. Wenn man geneigt wäre, andere Beweggründe als die Manöverdispositionen überhaupt zu suchen, so fände man sie sicherlich eher in dem tiefen Mißfallen, das der Kaiserpalast in Straßburg bei Wilhelm II. erregt hat. Der Herrscher hat sich über diesen Bau überaus abfällig ausgesprochen, er hat ihn schon vor Jahr und Tag den Spiegel der Verkommenheit genannt und hingewiesen, daß er in einem solchen Hause nicht Wohnen nehmen wolle. Im Uebrigen ist dieser ganze Streit über die angebliche Bestrafung Straßburgs müßig und eine weitere Anspannung nimmermehr zum Liebel.

Die Unwissenheit des deutschen Herrschers in den Reichslanden erinnert an die wiederholten Befehle des Kaisers, die die Verwaltung von Elsaß-Lothringen ergreifen hat. Daß diese Sprünge nicht dazu beigetragen haben, die Germanisation der Reichslande zu fördern, erhebt sich weiters. Aber es wäre ungerecht, schon heute, noch nicht 23 Jahre nach der Vereinigung der Reichslande mit dem deutschen Reich, zu verlangen, daß sie schon anscheinend demselben mit dem deutschen Vaterlande verwachsen seien wie gegenwärtig die ganze Rheinprovinz mit Preußen. So schnell vollziehen sich derartige Prozesse nicht, und wenn Herr Geffken die reichsmittelbare Stellung von Elsaß-Lothringen als Hindernis für die Assimilierung bezeichnet, so geht er unverses Ermeßens fehl. Sein Vorbehalt, die Reichslande zwischen Bayern, Baden und Preußen aufzuteilen, damit an der Endgültigkeit der Vereinigung mit Deutschland nicht mehr gemerkt und der Reichslander nicht mehr vermischt werde, sich als Deutschen zweiter Klasse zu fühlen, hat bisher, soweit wir erkennen, nirgends Verfall gefunden. Nur der That wäre weder an der Einmischung der Franzosen noch an der Ermahnung der Reichslander das geringste geändert, wenn eine solche Aufteilung erfolgte, die aber mit außerordentlichen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verknüpft ist. In Elsaß-Lothringen wird die beste Richtung eine Politik üben, die Kaiser Friedrich empfohlen zur rechten Zeit Milde und Entgegenkommen, und gegen alle Unbilligkeiten, Wähler und Gehörlose die nötige nachdrückliche Strenge. An der festen Entschlossenheit des Reichs, Elsaß-Lothringen entgeltlich zu behalten, wird man auch heute bereits nirgends zweifeln, und wenn sich Bürger der Reichslande als Deutsche zweiter Klasse betrachten sollten, was wir nicht glauben, so wären sie jüst nur Quertöpfe, auf deren Schalen man wenig Rücksicht zu nehmen hätte.

Die Franzosen werden in der Unwissenheit des italienischen Kronprinzen in Elsaß-Lothringen einen neuen Beweis für die Unwissenheit sehen, doch wenn es einmal zum Kriege um die Reichslande kommen sollte, wären an der Seite Deutschlands stehen und den französischen Vätern hinderlich sein würde. Diese Anschauung ist nach Lage der Dinge zweifellos gerechtfertigt. Grenz zweifellos ist die Völkergemeinschaft zwischen

beiden Völkern, wenn einmal Italien von Frankreich angegriffen werden sollte, was anlässlich der römischen Frage oder der Machtverhältnisse im Mittelmeere oder wie die jüngsten Megelein von Agnes-Wortes zeigen, auch bei ohnehin erregter Volkstimmung insolge irgend eines unvorhergesehenen Zwischenfalles eintreten könnte. Wie Bismarck diese Völkergemeinschaft als unerlässlich für die Dauer der Verträge geschlossen waren, so hat auch Kaiser Wilhelm I. schon in der Mitte der siebziger Jahre nach der erhabenen Begegnung von Mailand an Viktor Emanuel die unerschütterliche, heute zur Wahrheit gewordenen Worte telegraphirt: „Das Schicksal hat uns beide an die Spitze nationaler großer Völker gestellt. Mögen wir und unsere Söhne nach uns stets treue Freunde bleiben!“ Diese Freundschaft wird auch bei den Manövern in Elsaß-Lothringen befestigt, und sie enthält neben dem neuerlich erworbenen Bewußtsein der Stärke der deutschen Arme eine Würdigung für die Fortdauer des europäischen Friedens.

Vollstättige Uebersticht.

Der vor einigen Tagen in Stuttgart abgeschaltene allgemeine Vereinigung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hat ein recht erfreuliches Bild von dem fruchtbarsten Wirken des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft und von der stetig fortschreitenden Verbesserung desselben gegeben. Ich ist dies — so meint die „Nationalist. Corr.“ — um so bemerkenswerther, als die Ueberwindung auch in den landwirtschaftlichen Kreisen durch eine theilweise mit höchst demagogischen Mitteln arbeitende Agitation gepredigte Lehre von der Uebermacht der staatlichen Gesetzgebung wohl die Befürchtung erregen konnte, daß dadurch die Befreiungen zu einer Verbesserung der Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus eigener Kraft geklämt werden würden. Der unbefangene Beurtheiler wird sicherlich nichts das gegen einwenden, wenn die Landwirtschaft sich zusammenschließt, um den Gang der Gesetzgebung möglichst in ihrem Interesse zu beeinflussen, oder es würde der Landwirtschaft, und insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung, zu schwerem Schaden ausfallen, wenn man sich daran gewöhnen wollte, alles Heil von der Gesetzgebung allein zu erwarten. Unter dem Vorbehalt der in Stuttgart Verhandelten hat der hiesige Kreisrat und Landtagsabgeordneter Haas dem „Nationalist. Corr.“ Ausdrück gegeben, daß die genossenschaftliche organisirte Selbsthilfe immer noch eins der besten Mittel zur Besserung der Landwirtschaft ist, und er hat sogar den Satz ausgesprochen: „In der deutschen Landwirtschaft wird starkes Genossenschaftswesen sein, oder die deutsche Landwirtschaft wird nicht sein.“ Demnach ist die „Nationalist. Corr.“ weiter:

„Allerdings sehrrecht war das in der Stuttgarter Versammlung entwickelte Bild von der großartigen Entwicklung, welche das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Württemberg im Laufe zweier Jahrzehnte genommen hat, sehrrecht besonders deshalb, weil man es dort ganz überwiegend mit einer Bevölkerung, vorzüglichst den Bauern zu thun hat. Der Vergleichsmaßstab ist daher bei dem Genossenschaftswesen naturgemäß ein geringeres Interesse; überall aber, wo die Verhältnisse ähnlich liegen wie in Württemberg, kann das Beispiel dieses Landes nicht genug empfohlen werden. Möge die Verantwortlichkeit, welche die Stuttgarter Verhandlung betriebe, eine gute Vorbereitung für den weiteren gegenständlichen Fortgang des Genossenschaftswesens sein.“

Diese Auslassung der „Nationalist. Corr.“ kann ganz besonders auch manchen Nationalliberalen zur Befriedigung empfohlen werden, denn es ist leider zu Geringe bekannt, daß ziemlich weit in diese Partei hinein der „Mund der Landwirtschaft“ mit seinem Verlangen nach Staatshilfe Boden gefaßt hat.

Der Minister des Innern hat kürzlich ein Rundschreiben erlassen, in welchem er darauf hinweist, daß durch den außerordentlich tiefen Preisstand des Silbers unsere an sich schon unterwerthig geprägten Scheidemünzen nur wenig mehr als die Hälfte des Wertes haben und daß infolgedessen die Gefahr nahe liege, daß „im Schrot und Korn durchsich vollwertige Reichs-Scheidemünzen im In- und Auslande nachgeprägt und hier mit nicht unerheblichem Gewinn in Umlauf gesetzt werden.“ Der Minister fordert daher die Polizeibehörden auf, darüber zu wachen, ob in ihrem Bezirke nicht solche falsche Münzen aus echtem Silber auftauchen, wobei jede größere Ansammlung von Scheidemünzen als verdächtig angesehen werden soll. Dr Ludwig Dambroger widmet nun diesem Rundschreiben in der „Nation“ sehr interessante Betrachtungen und sagt u. a.:

„Was den Grundgedanken des Circulars anlangt, so liegt auf der Hand, daß wenn wirklich die Gefahr einer Nachprägung von Scheidemünzen zu befürchten ist, diese nicht nur auf die Reichs-Scheidemünze beschränkt, sondern auch auf die alten Thaler, um so mehr als diese in jeder Summe gefahrlos Zahlungsmittel sind, während Scheidemünze nur in einem Betrage bis zu 20 M. gegenwärtig zu werden vermögen. Ferner würde die gleiche Gefahr nicht nur Reichsland, sondern auch alle anderen Länder betreffen, da überall fast unterwerthig gewordene Silbermünzen kursiren. Uebrigens ist die von dem Grafen Eulenburg angeregte Frage auch früher schon in offizieller Erörterung gezogen worden. In dem Entwurfe des Münzgesetzes heißt es, die Abgrenzung vor etwaiger Nachprägung findet keine Anwendung in der Geltung“ und die Kartei internationale Münzwesen von 1881 hat sich auf denselben Standpunkt gestellt. Das Uebrigste und der verhältnismäßig kleinen Anzahl von Münzverbrechern, welche die Kriminalpolizei aller Länder aufweist. Daß aber durch den Preissturz des Silbers sich hier eine Gefahr entwickeln könnte, ist nicht anzunehmen, weil alles, was man von den Münzverbrechern weiß, die Münzpläne bezieht, daß ihre Ueberzahl sich nicht über das Niveau einer weit unbedeutenden Münzfabrikation erheben; sie mit allen Verbesserungen der außerordentlich vervollkommenen Prägungsmittel arbeitende Nachprägung oder nicht lange im Verborgenen bleiben könnte. Auch

ist den mit der Sache Vertrauten bekannt, daß die Gefahr einer ansehnlichen Gewinn verprechenden Fälschung viel mehr auf Goldmünzen zutrifft, als auf Silbermünzen. D' Dambroger ist ein in Münzangelegenheiten so erfahrener Mann, daß man ihm hier wohl Vertrauen schenken darf und sich vorläufig der Befürchtung, daß aus fremdem Silber falsches deutsches Geld in Massen fabrizirt werden würde, noch nicht hinzugeben braucht.

Major von Wissmann, welcher sich jetzt auf dem Wege nach dem Tanganika befindet, nachdem er die Station Tanganyika am Nyassa-See angelegt hat, am einen Stützpunkt für seinen am Südrande des See festgelegten Dampfer zu schaffen, hat sich, wie die „Post“ berichtet, in einem Privatbriefe vom Ende April auch über die Verhältnisse in Ostafrika ausgelassen. Es ist unter allen Umständen von Interesse, die Ansicht des Majors von Wissmann zu hören, welche er noch vor Bekanntwerden des Systemwechsels äußerte, der bekanntlich einen militärischen Gouverneur an die Spitze von Ostafrika setzte. Er schreibt u. a.:

„... Befürchteter als jeht können die Verhältnisse nicht jeht oder werden. Araber und Weiße sind an der Küste die besten Freunde; im Innern schlagen jene jeden Europäer todt, wie Emin in Acha, der in Achnagone mit seinen sämtlichen Leuten niedergeschlagen und ansehnlichen Wohlstand zu erlangen, welche Karavannen und Stationen sich neuerdings wieder von den Arabern angegriffen, und die Weiße können einen Vernichtungskrieg in großen gegen Weiße und Araber. Wohin soll das führen? Alle unsere Schiffe sind jeht Araber, jehter müssen Schiffe jeht genant werden, die jeht keine Schiffe sein werden, und in welche ihrer Macht werden die Eingeborenen uns immer gefährlicher. Und nun eine andere Frage: Wie wird Deutsch-Ostafrika aussehen, wenn wir alle diese Schichten mit vielen Dörfern an Menschenleben und Geld wieder angewiebt haben werden? Wie würden sich die wenigen Willkürlichen nicht, die ein militärisches Gouvernament oder Kommandant auf aus drei Jahre verlänger, mehr gefolgt hätte, reistit haben? Welche Summe wird die Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit jeht verhängen? Darüber ist man sich offenbar noch nicht recht im Klaren, und ich erlaube uns allen Nachrichten aus der Heimat, daß man die Deutsch-Ostafrikalische Gesellschaft mit ihren Leuten, und später der Gouverneur beim Antritt seiner Verwaltung, als er, meine kriegerischen Maßnahmen bezieht, meine: „Zu solchen Kriegen, wie dem Bojano-Schluppinge, schickte ich einen Lieutenant mit dreißig Mann und die Sache ist erledigt.“ Welche Seite der Ueberlegung, denn nichts kann jeht so verhängnisvoll werden wie gedrohte Unternehmungen. Es ist eine Unbegreiflichkeit, um seinen tiefsten Ausdruck zu gebrauchen, die sich kürzlich ein Herr in einem Briefe vom Kilima-Ndscharo an ich haben kommen ließ, wenn er alle unsere Mißgriffe als entschuldigend oder als ganz natürliche bezeichnete; wenn er sagt, solche Mißgriffe seien immer vorgekommen, man fände nicht immer siegreich; wir unsere letzten Mißgriffe bestrüben mehr darauf, daß wir jeht mit kriegerischen Stämmen im Innern stehen, während wir früher nur mit dem erbärmlichen Küstengebiet zu thun hatten. Inwieweit ist dies und wie richtig. Der Briefschreiber hat augenscheinlich nur die von der großen Masse der Bevölkerung Ostafrikas vertriebenen gerieten und ganz vertriebenen besessenen Wälder, die Wälder und nur auf den Durchmarsch und bei kleinen Schmärgeln kennen gelernt. Was jeht habe ich noch gefunden, daß jeder Europäer immer gerade zufällig mit den kriegerischen Eingeborenen getroffen. Der betreffende Herr hätte das Küstengebiet in der Westküste beiläufig genant, von Ostafrika vertriebenen nicht als Unterthänigen des Gegners. Mißgriffe dürfen eben nicht vorkommen; daher ist für einen tüchtigen administrativen kriegerischen Unternehmungen Organisations-talent und Vorwitz das erste Erforderniß. Ich denke, wir haben zur Genüge gesehen, daß in Afrika ein vornehmer Befehl thutten eines wilden, ungelagten, dem Feinde wohlbekannten Landes nicht zu einem geordneten Marsch, sondern zur Vernichtung führt.“

Es ist bekanntlich unrichtig bereits eine Anregung der Verhältnisse in Ostafrika im Sinne der vorstehenden Ausführungen erfolgt, doch bleibt es trotzdem von Interesse, die Meinung unseres erfahrensten Kolonialbeamten und Ostafrikaforschers zu vernehmen. „Von der russischen Grenze schreibt man der „Kreuzzeit.“ „Von seiten der russischen Grenzward-Kommandos ist neuerdings eine Vermittlung erlassen worden, welche den an der Grenze wohnenden Besitzern und Arbeitern das Passiren der Grenze nach Preußen wesentlich erleichtert. Jeder Grenzbesitzer, der einigermaßen bekannt ist, erhält von dem Grenzoffizier eine gewisse Karte, welche ihm gestattet, die Grenze zu überschreiten, und gleichzeitig als Anzeiger den Grenzoffizialen gegenüber dient. Durch diese hat der sonstigen russischen Meinung, sich abzugeben, ganz ungewöhnliche Wichtigkeit, ist es den russischen Grenzbesitzern sehr leicht gemacht, ihre Produkte zum Umlage des deutschen Volkes über die Grenze zu schaffen. Früher war außerdem der Grenzübergang von Rußland nach Deutschland russischerseits bei Sommererogung geschlossen; jeht ist dies nicht mehr der Fall. Die ganzen Waldstationen scheinen nur den Zweck zu haben, den Schimmel von Rußland nach Deutschland zu erleichtern. Als Ferner befreundliche Grenzmaßnahme sind in diesem Jahre zum ersten Male die Grenzposten, welche überall in Mannöververbindungen zusammengelagert worden sind, durch Dragoner-Schwadronen ersetzt worden.“ So sind zur Zeit die Grenzorte Kibaki, Wischnau, Wladislawow, usw. durch Dragoner-Schwadronen besetzt, und die russische Kavallerie, die jeht noch 1 bis 1 1/2 Meilen von der Grenze entfernt garnisonirt, steht damit hart an der Grenze. Kibaki beispielsweise bildet mit dem preussischen Spitzhaken eine gemeinsame Dts-









